

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Dieser Artikel wurde für das Themenfeld **Lobbyisten in Ministerien** angelegt. Er enthält bislang nur Informationen über externe Mitarbeiter in Ministerien.

Der **Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)** ist der Spitzenverband der deutschen Genossenschaftsbanken. Er vertritt die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsbanken, ermutigt zur Kooperation dieser untereinander und stellt ihnen Beratungsdienstleistungen zur Verfügung.^[1]

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR)

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich
Gründungsdatum
Hauptsitz Schellingstraße 4, 10785 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro EU Rue de l'Industrie 26- 38, 1010 Brüssel
Webadresse www.bvr.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	1
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	1
4 Fallbeispiele und Kritik	2
4.1 Lobbyisten in Ministerien	2
5 Weiterführende Informationen	2
6 Einzelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Auf europäischer Ebene ist der BVR Mitglied der Europäischen Vereinigung der Genossenschaftsbanken (EACB).^[1]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der **DZ-Bank** saß stellvertretend für den BVR im Finanzministerium.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.06.2007 - 15.03.2009 ^[2]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der DZ Bank. Vermutlich war er, wie zuvor Vertreter vom Bund esverband Deutscher Banken und Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands , für den Zentralen Kreditausschuss (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft) dort.
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

- ^{1,01,1} ↑ [Selbstdarstellung der Aufgaben des BVR](#) Zugriff 30.09.2011
- [↑] [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011